

**International Federation of Resistant Fighters (FIR) -
Association of Antifascists**

Newsletter

weekly news for veterans and antifascists of today



Newsletter vom 03.01.2026

Stoppt die US-Aggression gegen Venezuela

Der selbst erklärte „Friedenspräsident“ Donald Trump zeigt mit dem amerikanischen Bombenangriff auf die venezolanische Hauptstadt Caracas, was von seiner Friedensrhetorik in aller Welt zu halten ist. Im Gaza-Krieg vermittelte er einen „Deal“, der für die Palästinenser bis heute nur das Ende der militärischen Übergriffe bedeutet, aber keine Friedensperspektive bietet. Der Ukraine-Plan zeigt vor allem, dass die amerikanische Politik diesen Krieg als „europäische Angelegenheit“ betrachtet. Da die westeuropäischen Regierungen dieser Perspektive nicht folgen wollen, werden ernsthafte diplomatische Schritte für eine Verhandlungslösung konterkariert – zu Lasten der Menschen in der Kriegsregion. Wo die amerikanische Politik jedoch ihre Interessen bedroht sieht, wird ungeachtet des Völkerrechts mit militärischen Schritten reagiert. Kurz vor Weihnachten ordnete der US-Präsident einen Militäreinsatz in Nigeria an, um eine angebliche „Christenverfolgung“ zu stoppen, gegen die iranische Republik kündigte er Militärschläge an, falls die derzeitige Protestbewegung mit staatlicher Gewalt niedergeworfen werden würde. Und wenn es um den amerikanischen „Hinterhof“ geht, nämlich die Karibik, dann existieren für die US-Administration keine internationalen Regeln, sondern allein amerikanische Selbstherrlichkeit. Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum Pardo forderte bereits am 17. Dezember 2025: „Unabhängig von den Meinungen über die Regierung in Venezuela, über die Präsidentschaft von Maduro, ...Nein zu Interventionen, Nein zu ausländischer Einmischung, [sondern eine] gewaltfreie Lösung von Konflikten und Dialog für den Frieden“.

Diese Warnung sprach sie aus, da die US-Marine seit September 2025 – vorgeblich im Kampf gegen Drogenschmuggler – in internationalen Gewässern Boote nicht aufbringt, sondern gezielt versenkt, so dass bis jetzt weit über 100 Menschen getötet wurden – unabhängig davon, ob auf diesen Booten Schmuggelgut transportiert wurde oder nicht. Der letzte dieser Angriffe erfolgte

kurz nach Weihnachten. Zynisch erklärte die US-Marine, nach der Zerstörung der Boote habe man die Küstenwache informiert, um mögliche Überlebende zu „retten“.

Dass diese Gewaltmaßnahmen nichts mit Drogenschmuggel zu tun haben, zeigt, die Kaperung eines venezolanischen Öltankers, der auf dem Weg nach Kuba war. Da diese Lieferung ein „Verstoß“ gegen die einseitig von der US-Regierung gegen Kuba erklärten Sanktionen gewesen sei (die seit vielen Jahren mit überwältigender Mehrheit von der UN-Generalversammlung verurteilt werden) und es sich eigentlich um US-amerikanisches Öl handele, dass von der venezolanischen Regierung „gestohlen“ worden sei. Erfreulicherweise wurde dieses völkerrechtswidrige Vorgehen der US-Regierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von der Mehrheit verurteilt. Es war peinlich zu erleben, wie sich die Staaten der Europäischen Union verweigerten, eine klare Durchsetzung des internationalen Seerechtes zu fordern.

Jetzt wurde die Eskalation fortgesetzt, indem die US-Luftwaffe völkerrechtswidrig die venezolanische Hauptstadt Caracas bombardierte. Staatschef Nicolás Maduro rief daraufhin den Ausnahmezustand aus. Die gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Landes wurden aufgerufen, die Selbstverteidigung zu aktivieren. Aus dem Umfeld des US-Präsidenten verlautete, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, man habe militärische Anlagen angegriffen, als wenn das eine Legitimation dieses Angriffskrieges darstellen würde. Das militärische Vorgehen ist durch keinerlei Maßnahmen der venezolanischen Regierung legitimierbar, außer man betrachtet es als Kriegsgrund, wenn eine gewählte Regierung sich nicht dem Diktat des „Weltpolizisten“ unterwerfen wolle.

Das Kalkül der US-Politik ist brutal einfach: Durch Sanktionen und militärische Eskalation den Sturz der Maduro-Regierung zu erreichen. Das ist seit sechs Jahrzehnten das Kalkül hinter der US-Politik gegenüber Kuba – und es ist gescheitert. Wirtschaftliche Strangulierung bringt keine Demokratie, sondern nur Leid für die Bevölkerung. Und nach einem Sturz der Regierung Maduro wären nicht „Freiheit“, sondern möglicherweise ein langwieriger Bürgerkrieg, der das Land und die Region für Jahrzehnte verwüsten würde, zu erwarten. Die FIR fordert die politischen Kräfte auch in Europa auf, sich mit deutlichen politischen Signalen gegen dieses völkerrechtswidrige Vorgehen der amerikanischen Regierung zu Wort zu melden und im Sinne der mexikanischen Präsidentin für eine nichtmilitärische Konfliktlösung einzutreten.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste

Office: Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin

Phone: ++49-(0)30-55 57 90 83-4

Internet: www.fir.at; **E-Mail:** office@fir.at,

facebook: www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/

Donations welcome: Banque account: Postbank Berlin, Owner: FIR

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF.